

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 22./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 02.03.2017, 17.00 Uhr, in der Mehrzweckhalle Materborn

	<u>Seite</u>
1. Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen/ Zügigkeiten der weiterführenden Schulen (Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2017 auf Einberufung einer Sondersitzung)	4 - 6
2. Mitteilungen . / .	6
3. Anfragen	
a) öffentlich-rechtliche Vereinbarung Gesamtschule Oberstadt	6 - 7
b) Schulentwicklungsplan	7

Niederschrift

über die öffentliche 22./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Donnerstag,
dem 02.03.2017, 17.00 Uhr, in der Mehrzweckhalle Materborn

Unter dem Vorsitz der
Bürgermeisterin Northing, Sonja
sind anwesend die Stadtverordneten:

Ackeren, van, Barend	FDP
Bay, Michael	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Bungert, Alexander	FDP
Cosar, Jörg	CDU
Döllekes, Fredi	SPD
Driever, Gerd	CDU
Duenbostell, Horst	SPD
Fischer, Heidi	SPD
Fischer, Wilhelm	SPD
Fuchs, Anne	Offene Klever
Gebing, Wolfgang	CDU
Gerritzen, Christa	SPD
Gietemann, Josef	SPD
Hermanns, Aloys	CDU
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Janßen, Alexander	Offene Klever
Janssen, Udo	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Kumbrink, Michael	SPD
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU ab 17.40 Uhr (TOP 1.)
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	Offene Klever
Merges, Dr. Fabian	Offene Klever
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Rambach, Andreas	CDU
Ricken, Edmund	CDU
Rütter, Daniel	FDP
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schoofs, Christian	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Thon, Sarah	SPD
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Sonja	SPD
Welberts, Stefan	SPD

Nicht anwesend:

Boskamp, Heinz
Goertz, Heinz

SPD
Offene Klever

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Technischer Beigeordneter Rauer
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Leitender Rechtsdirektor Goffin
Verwaltungsdirektorin Keyzers
Oberverwaltungsrat Janßen
Leiter GSK Mutz
Verwaltungsrätin Wier
Verwaltungsrätin Rennecke
Amtsrat Boltersdorf
Tariflich Beschäftigte Welbers
Oberinspektor Horster
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Bürgermeisterin Northing begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Kleve fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die Sitzung am 21.12.2016 ergeben sich nicht. Die Niederschrift über die Sitzung am 08.02.2017 wird in der kommenden Sitzung thematisiert.

Zur Bürgerfragestunde gibt es keine Meldungen.

1. **Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen/ Zügigkeiten der weiterführenden Schulen**

(Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2017 auf Einberufung einer Sondersitzung)

StV. Gebing begründet den Antrag seiner Fraktion auf Einberufung dieser Sondersitzung des Rates. Der Rat habe in seiner Sitzung am 28.11.2016 einstimmig die Umwandlung der Sekundarschule in eine zweite Gesamtschule beschlossen und dabei zur Kenntnis genommen, dass die Bürgermeisterin an der Karl Kisters Realschule für das Schuljahr 2017/2018 bei ausreichend Anmeldungen vorrangig 4 Züge bilden werde. Entgegen diesem Beschluss sei der Politik mitgeteilt worden, dass lediglich 3 Züge gebildet würden und 52 Schülerinnen und Schüler keine Zusage für die gewählte Schule erhielten. Wie die Auswahl der Schülerinnen und Schüler erfolgen werde, sei unklar geblieben und auch die Schulleitungen hätten lediglich eine Information ohne vorherige Rücksprache erhalten. Daraufhin habe sich die Elterninitiative gebildet. In der heutigen Sitzung solle eine Lösung gefunden werden, die allen Wünschen gerecht werde. Die CDU-Fraktion habe sich für die Bildung eines vierten Zuges an der Karl Kisters Realschule ausgesprochen. Dies sei als Kompromiss in der Ratssitzung am 28.11.2016 entsprechend beschlossen worden. Natürlich respektiere seine Fraktion den Willen der Gesamtschule. Die Schule solle an den Start gehen. Die Anmeldezahlen belegten, dass der Bedarf für eine weitere Eingangsklasse an den Gymnasien vorhanden sei. Dies könne die Schulleitung im Einvernehmen mit dem Schulträger entscheiden. Durch eine flexible Umsetzung der Ratsbeschlüsse solle dem Elternwillen Rechnung getragen werden. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, für die Zukunft ein Verfahren zu entwickeln, dass die Schulleitungen in die Lage versetze, nach Kenntnis der Anmeldezahlen die Schülerinnen und Schüler so zu verteilen, dass jedes Kind an der gewünschten Schule beschult werden könne.

StV. Tekath fragt nach dem Sinn dieser Sondersitzung, da im laufenden Anmeldeverfahren Zügigkeiten nicht geändert werden dürften. Die Zügigkeiten der Schulen hätten, mit Ausnahme die der Karl Kisters Realschule, seit Jahren Bestand und seien auch abhängig von den Raumprogrammen. Eine Änderung von Zügigkeiten könne bauliche Maßnahmen nach sich ziehen, die niemand wünsche. Alle Beteiligten sollten zur Kenntnis nehmen, dass es fünf qualitativ hochwertige Schulen gebe, an denen die Kinder angemeldet werden könnten. An vier dieser Schulen könne Abitur gemacht werden. Die Empfehlungen der Grundschulen zur weiteren Beschulung der Kinder sollten von den Eltern ernst genommen und auch das Gespräch mit den Beratungslehrern der weiterführenden Schulen gesucht werden. Im Vordergrund sollte das Kindeswohl stehen. Dies bedeute Elternverantwortung anstatt Elternwille. Dadurch könnten Schulwechsel vermieden werden. Zudem müssten auch die Eltern respektiert werden, die ihre Kinder an der Gesamtschule Oberstadt angemeldet hätten. Die Bezirksregierung habe deutlich gemacht, dass die Schule nur bei Erreichen der Mindestgröße an den Start gehen könne. Der Rat habe die Umwandlung in die Gesamtschule einstimmig beschlossen und sollte diesen Weg auch zu Ende gehen. Über die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler entscheide die Schulleitung. Auch die Entscheidung über die Bildung einer weiteren Eingangsklasse sei den Schulleitungen unter Berücksichtigung des Raumprogramms

vorbehalten. Die Bildung übergroßer Klassen mit 30 bzw. 31 Kindern könne sie nicht befürworten, da dies zu Frontalunterricht führe. Sie appelliere daher an die Eltern, die Beratungsangebote der Schulen wahrzunehmen. Der Rat bereite den Weg, den die Kinder aber selbst gehen müssten.

StV. Dr. Meyer-Wilmes macht deutlich, dass ihre Fraktion die Gesamtschule Oberstadt wolle. Sie habe sich darüber geärgert, dass das Verfahren als Lotteriespiel dargestellt worden sei, da dies weder der Arbeit der Schule noch der des Rates gerecht werde. Sie stellt heraus, dass sich 210 Kinder an den Gesamtschulen, 203 Kinder an den Gymnasien und 110 Kinder an der Karl Kisters Realschule angemeldet hätten. Ihre Fraktion habe gehofft, dass das gegliederte System durch den Beschluss des Rates im November 2016 in der Akzeptanz der Eltern steige. Die Zügigkeiten der Schulen könnten heute nicht neu beschlossen werden. Die CDU-Fraktion habe durch ihren Antrag die Diskussion in das demokratische Parlament hineinbringen wollen. Für ihre Fraktion sei klar, dass eine Sondergenehmigung für die Gymnasien zur Bildung einer weiteren Eingangsklasse erteilt werden solle. Die Schulleitung habe die Kompetenz, den Ratsbeschluss aus November 2016 umzusetzen und ausnahmsweise einen vierten Zug an der Karl Kisters Realschule zu bilden. Sie wünsche sich, dass die Diskussion künftig unter den Verantwortlichen und nicht über die Presse geführt werde. Sie gehe davon aus, dass die zweite Gesamtschule an den Start gehen werde, weil die Schulleitungen die richtigen Entscheidungen treffen würden. Sie gehe auch davon aus, dass die Bezirksregierung sich hüten werde, die Genehmigung der Gesamtschule zu versagen, da sie es gewesen sei, die dem Rat die Umwandlung der Sekundarschule in eine zweite Gesamtschule empfohlen habe.

StV. Rütter schließt sich dem an und meint auch, dass die aktuelle Situation daraus resultiere, weil der Rat in Sachen Schulentwicklung von Beginn an den Empfehlungen der Bezirksregierung gefolgt sei. Seine Fraktion sei daher nicht mehr bereit, jedem Ansinnen der Bezirksregierung zu folgen. Sie wolle vielmehr eine Schulpolitik, die dem Elternwillen folge und sich an den Anmeldezahlen orientiere. Die Zügigkeiten könnten jetzt nicht geändert werden. Die jüngsten Anmeldezahlen würden aber zumindest eine neue Diskussion über die Entwicklung der Karl Kisters Realschule gebieten, dort doch baulich tätig zu werden, wenn jedes Jahr eine Ausnahme für einen vierten Zug zugelassen werde. Bei den Gymnasien habe die Bürgermeisterin keine Kompetenz, einen zusätzlichen Zug zuzulassen. Daher spreche auch seine Fraktion sich für die Bildung einer zusätzlichen Eingangsklasse aus. Sie würden sogar acht Eingangsklassen an den Gymnasien befürworten. Es müsse abgewartet werden, was die Bildung von sieben Eingangsklassen an den Gymnasien für die Schulentwicklung bedeute. Die FDP-Fraktion glaube an die Kompetenz und die Verantwortung der Schulleitungen. Entgegen der SPD-Fraktion glaube seine Fraktion, dass die Eltern um das Wohl ihrer Kinder wüssten. Schulwechsel habe es immer gegeben. Die FDP-Fraktion hoffe ein Ergebnis, dass den Interessen der Eltern, Kinder, Lehrer und auch des Rates gerecht werde.

StV. Dr. Merges erinnert daran, dass der Rat bei der Umwandlung der Sekundarschule in die zweite Gesamtschule auch dem Elternwillen gefolgt sei. Ein Schulsystem sei ein träges System, so dass mitunter nachgesteuert werden müsse. Die Offenen Klever hätten kein Problem damit, jetzt einmalig eine weitere Eingangsklasse am Konrad Adenauer Gymnasium zu bilden. Sie seien offen für Lösungen. Im Laufe des Jahres müsse die weitere Entwicklung dann aber erneut thematisiert werden.

StV. Cosar äußert, dass ihn aufgrund seiner Erfahrungen aus rund 20 Jahren Elternpflegschaft die Aussage störe, die Eltern seien sich ihrer Verantwortung nicht bewusst. Er glaube, dass sich die Eltern ihrer Verantwortung auch dann bewusst seien, wenn sie ihre Kinder entgegen den Empfehlungen an einer anderen Schule anmelden würden. Da die Zügigkeiten festgelegt seien, gehe es heute nur um die Bildung weiterer Eingangsklassen. Die Schulentwicklung werde immer wieder Thema sein, da ähnliche

Situationen auch künftig auftreten würden. Schwierigkeiten könnten sich auch daraus ergeben, weil die Gymnasien eine Beschulung nach G9 anstreben. In einer zukunftsgerichteten Planung müsse auch berücksichtigt werden, dass die niederrheinische Schulsituation nicht mit der im Ruhrgebiet zu vergleichen sei.

Hinsichtlich des zukünftigen Verfahrens spricht StV. Dr. Meyer-Wilmes sich dafür aus, dass sich nach Bekanntwerden der Anmeldezahlen zunächst die Schulleitungen mit diesen auseinandersetzen und die Politik erst danach informiert bzw. beteiligt werde.

Bürgermeisterin Northing weist darauf hin, dass grds. die Schulleitungen über die Bildung der Eingangsklassen entscheiden würden. Der Rat könne eine Steuerung über die Festlegung der Zügigkeiten vornehmen oder der Bürgermeisterin wie für die Karl Kisters Realschule die Ermächtigung erteilen, nach Absprache mit der Schulleitung ausnahmsweise einen zusätzlichen Zug zu bilden, sofern die Anmeldezahlen dies zuließen. Andernfalls sei entsprechend der aktuellen Situation zu verfahren.

StV. Gebing äußert, dass sich der Rat in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Abstimmungsverfahren zwischen der Verwaltung und den Schulleitungen nach Abschluss des Anmeldeverfahrens beschäftigen solle. Am heutigen Tage sei das Einvernehmen des Rates als Schulträger für die Bildung einer weiteren Eingangsklasse an den Gymnasien herzustellen, sofern die Schulleitung dies für geboten halte.

Bürgermeisterin Northing teilt mit, dass die Schulleitungen signalisiert hätten, dass am Konrad-Adenauer-Gymnasium eine weitere Eingangsklasse gebildet werden könne. Die Bezirksregierung habe bereits ihre Zustimmung signalisiert und mitgeteilt, dass sie dafür ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung stellen könne.

Nach einer kurzen Diskussion herrscht Einigkeit im Rat, was das Verfahren und die Zuständigkeiten angeht. StV. Gebing stellt daraufhin konkret den Antrag, dass der Rat der Stadt Kleve sein Einvernehmen als Schulträger herstellt, dass am Konrad-Adenauer-Gymnasium ausnahmsweise eine weitere, also vierte, Eingangsklasse für das Schuljahr 2017/2018 durch den Schulleiter gebildet werden kann.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve stellt einstimmig sein Einvernehmen als Schulträger dazu her, dass am Konrad-Adenauer-Gymnasium ausnahmsweise eine weitere, also vierte, Eingangsklasse für das Schuljahr 2017/2018 durch den Schulleiter gebildet werden kann.

2. Mitteilungen

./.

3. Anfragen

a) öffentlich-rechtliche Vereinbarung Gesamtschule Oberstadt

StV. Gebing fragt nach dem Sachstand.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass am 16.03.2017 ein erster Beratungstermin mit der Gemeinde Kranenburg stattfinde. Mit der Gemeinde Bedburg-Hau sei bereits ein

Gespräch geführt worden. Die Stellungnahme habe sie zwischenzeitlich erhalten. Das Anmeldeverfahren werde nun abgewartet und danach würden weitere Gespräche geführt.

b) Schulentwicklungsplan

StV. Bay möchte wissen, wann mit der Vorstellung des aktuellen Schulentwicklungsplans gerechnet werden könne.

Bürgermeisterin Northing teilt mit, dass zunächst die Prioritäten abgearbeitet würden und die Verwaltung sich in der zweiten Jahreshälfte mit dem Schulentwicklungsplan beschäftigen werde.

Ende der Sitzung: 17.49 Uhr

(Northing)
Bürgermeisterin

(Berns)
Schriftführerin